

– DER PRESSESPRECHER –

Richter am Amtsgericht Dirk Simon
Amtsgericht Stralsund • Bielkenhagen 9 • 18439 Stralsund

Telefon: 03831 - 257460 • Mobil: 0176 - 48197332
E-Mail: simon@richterbund.info oder pressearbeit@richterbund.info

PRESSEMITTEILUNG vom 24.06.2014

Richterbund fordert bessere Ausstattung für Polizei und Justiz.

„Opferschutz stärken“, ist ein Hauptthema der Justizministerkonferenz, die am 25 und 26. Juni in Binz auf Rügen stattfinden wird. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Binz. Ein Schwerpunkt der diesjährigen Justizministerkonferenz ist der Opferschutz.“ lässt Mecklenburg-Vorpommerns Justizministerin Uta Maria Kuder (CDU) verlauten.

„Der beste Opferschutz ist Prävention und diese fängt mit einer flächendeckenden Präsenz und einer angemessenen Sach- und Personalausstattung bei Polizei und Justiz an.“ meint der Pressesprecher des Richterbundes M-V Dirk Simon im Vorfeld der Konferenz. „Stattdessen sind Standortschließungen und Personaleinsparungen bei Strafverfolgungsbehörden und Gerichten in den Ländern längst gängiges Mittel zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geworden.“

Ein besonders unrühmliches Beispiel für diese Praxis zeigt Mecklenburg-Vorpommern mit der vollzogenen Polizei- und der bevorstehenden Gerichtsreform. Die Zahl der Amtsgerichte wird von 21 auf zehn reduziert. Die Rechtsprechung ist nach dem Grundgesetz die dritte (staatliche) Gewalt. Diese geht in der Fläche weitgehend verloren.

Internetwachen ersetzen keine Polizeidienststellen. Mangelt es an Ermittlern, Staatsanwälten, Richtern und Gerichten bleiben Täter unbekannt, verzögern sich Verfahren und bleiben Opferrechte Theorie.

„Opferrechte bündeln, Strafgefangene besser resozialisieren, Cybermobbing bestrafen“, das alles sind gutgemeinte Absichten, an denen ein wohlwollendes Publikum womöglich Gefallen findet, der Opferschutz wird davon unter den sich kontinuierlich verschlechternden personellen und strukturellen Bedingungen nur schwerlich profitieren.“ erklärte der Verbandssprecher.

In der Bevölkerung wächst der Unmut. Gegen die Gerichtsreform in M-V richtet sich ein Volksbegehren, das in gut drei Monaten bereits 77.678 Unterstützer fand. Der Richterbund fordert daher dringend, die Gerichtsstruktur M-V im Bestand zu erhalten und die Personalstärke der Polizei deutlich zu erhöhen.